



FASCHISMUS

KEMPSTON
BEDFORD
ENGLAND

TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH UND SPANISCH.

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 18
10. Jahrgang

9. September 1942

"Hilfe für Belgien"

(ITF) Die Antwerpener Reederei A. Deppe lässt noch vier Schiffe in deutschem Auftrag fahren, aber sie hat Mühe, die Schiffe zu bemannen. Der grösste Teil der belgischen Seeleute und Schiffsoffiziere fährt ausserhalb des deutschen Machtbereichs unter freier belgischer Flagge und die Seeleute, die in Belgien blieben, wollen nicht für Hitler fahren. Die Deutschen kamen daher auf eine besondere Werbemethode. Den Schiffen der Reederei wurde auf beiden Seiten mit grossen Buchstaben "Belgian Relief" (Hilfe für Belgien) aufgemalt und im Hafen wurde ausgesprengt, dass diese Schiffe für ihre friedlichen Zwecke natürlich unbewaffnet und ohne militärischen Geleitschutz fahren würden. Da die belgischen Seeleute annahmen, dass die Schiffe Lebensmittel nach Belgien transportieren sollen, konnten bald Bemannungen angemustert werden. Die "Loire" und die "Espagne" fuhren zuerst. Eines der Schiffe fuhr mit Ballast in die Ostsee, brachte aber statt Lebensmittel Eisenerz zurück; das andere lud in Rotterdam Kriegsmaterial. Bei der nächsten Gelegenheit musterten die betrogenen Besatzungen bis zum letzten Mann ab.

Auf einem der Schiffe war es noch zu einem bezeichnenden Zwischenfall gekommen. Ein belgischer III. Steuermann war zum Kaputän gemacht worden. Er wollte die Besatzung an Deck antreten und stramm stehen lassen. "Bei uns herrscht jetzt neue Ordnung", sagte er. Seeleute antworteten ihm: "Wir fahren, um nicht zu hungern. Das geht zu weit".

Als die Besatzungen die Schiffe verlassen hatten, wurde im Hafen eine Versammlung einberufen, der "Walkapitän" der Reederei sollte den Zusammengerufenen ins Gewissen reden. Der "Walkapitän" aber weigerte sich in letzter Minute, er schied am selben Tag aus den Diensten der Reederei aus. An seiner Stelle sprach ein in Zivil erscheinender Deutscher, vermutlich ein Gestapobeamter. "Was ich jetzt sagen will, geht nur die etwas an, die fahren wollen. Die andern sollen machen, dass sie fort kommen". - Nur 7 der Geladenen blieben zurück.

Die Reederei Deppe bemannt ihre Schiffe jetzt mit deutschen Seeleuten und bewaffnet sie.

(Für die Red.: Berichte aus Belgien.)

Osloer Hafearbeiter

(ITF) Trotzdem in Norwegen Kartoffeln ausserordentlich knapp sind, lassen die deutschen Behörden Kartoffeln aus Norwegen nach Deutschland schicken. Kürzlich sollten wieder zwei Kartoffelschiffe im Osloer Hafen geladen werden. Die Hafearbeiter verweigerten diese Arbeit. Eine andere Gruppe von 25 Hafearbeitern wurde geholt; auch sie streikte. Die deutschen Aufseher drohten mit Erschiessen. Aber die Hafearbeiter gaben nicht nach und schliesslich mussten russische Kriegsgefangene die Schiffe laden. - (Für die Red.: Mitte August.)

Norwegische Seeleute in deutschen Gefangenenlagern

(ITF) Einem der norwegischen Seeleute, deren Schiff bei dem Durchbruchversuch durch die deutsche Skageraksperrre versenkt wurde, gelang bei dem Transport aus dem Internierungslager in der Nähe von Bremen in ein anderes Lager die Flucht. Er sprang bei der Fahrt durch Berlin aus dem Zug und versteckte sich bei Bekannten. Er berichtet, dass die Internierten im Lager Brot und sonst nur eine sehr wässrige Kartoffensuppe bekamen. Sie hätten aber den Eindruck gehabt, dass die einheimische Bevölkerung (die sie bei den Transporten zur Arbeit sahen) kaum viel besser lebte. In der Nachbarschaft sei ein Riesengefangenenlager für Russen, wo es über-

haut nur Brot (und dann sehr knapp) gäbe. Täglich stürben viele Russen. Auch in dem Norwegerlager seien viele krank und völlig ausgemergelt.

Für eine bessere Zukunft

Gegen Nazis und Diktatorschwärmer

(ITF) In Belgien kämpft im Rahmen des nationalen Widerstandes gegen die deutsche Besetzung auch eine ausgesprochen antidemokratische Gruppe. "Eine kleine Minderheit von z.T. einflussreichen Belgiern

hatte vor dem Kriege eine Art Bewunderung für Hitlers Regime und wünschte für unser Land die gleiche 'Autorität' und die gleiche 'Ordnung' wie Deutschland sie hatte", berichtet der bekannte belgische Sozialistenführer Louis de Brouckere. "Einige von ihnen waren echte Verfechter des totalen Staates, andere waren halbtotitär und träumten von einem Regime mehr oder weniger á la Salazar, (des portugiesischen Diktators). In der Regel waren sie nicht ausgesprochen pro-deutsch, sondern waren eher bereit, ihre politischen Ideale selbst auf Kosten eines verstärkten deutschen Einflusses auf unser Land durchzusetzen. Sie fanden sich rasch mit der militärischen Niederlage ab und billigten laut, dass der König den Kampf nicht, wie die Regierung, fortsetzte.

Als dann Wochen und Monate hingingen, ohne den Nazis den Endsieg zu bringen, dem sie im Juni 1940 so nahe schienen, begannen diese Belgier... selbst mit einem alliierten Sieg zu rechnen, aber mit allen erdenklichen Mitteln zu versuchen, selbst nach dem Sieg der Demokratie in der Welt, in Belgien eine Königsdiktatur aufzurichten.

Natürlich kann ein derartiger Plan keinen Erfolg haben, wenigstens nicht auf lange Sicht. Aber der Versuch kann viel Unheil anrichten, er kann den Alliierten grosse Schwierigkeiten machen und den Belgiern Elend bringen. Es handelt sich nicht um den wilden Plan einiger Verantwortungsloser, sondern um den Plan einiger einflussreicher und mächtiger Leute aus höchsten Militär- und Finanzkreisen und vom königlichen Hof... Wie sehr diese Tendenzen der allgemeinen Linie der Volksmeinung widersprechen, braucht nicht erst lange bewiesen zu werden. Die Stärke der Volksmeinung würde jeden Versuch einer Diktatur oder selbst einer Halbdiktatur unter normalen Umständen völlig unmöglich machen. Aber die Verhältnisse sind nicht normal...

In einer in Belgien weitverbreiteten Publikation, 'La Belgique Loyale', wurde offen erklärt, dass gute Staatsbürger sich darauf vorbereiten sollen, nach dem Kriege den Willen des Königs durchzusetzen, "was er auch sein mag" - das ist genau das Prinzip des Absolutismus. Organisationen wurden bereits für diesen Zweck aufgebaut". Aber "ich bin fest davon überzeugt, dass die Belgier in Belgien sich der Sache annehmen werden" schloss De Brouckere seinen Bericht.

"Bündnis der Arbeit"

Illegale belgische Arbeiterorganisationen haben die Gefahren erkannt, die von diesen mit Diktaturgedanken spielenden Zirkel drohen. Ein Kreis belgischer Sozialisten und - den christlichen Gewerkschaften nahestehender "Christlicher Demokraten" hat sich zusammengesetzt und einen "Vorschlag für einen Pakt des Arbeiterbundes" ausgearbeitet, der die Grundlage gemeinsamer Aktion selbständiger politischer Gruppen sein soll, "um, mindestens bis zum Zusammentritt der Verfassungsgebenden Kammern, eine Landesregierung der Arbeitereinheit zu bilden;

um in allen Bezirken des Landes gemeinsame Kandidatenlisten des Arbeiterbundes für die Wahlen zur Verfassungsgebenden Kammer aufzustellen;
um dann im Parlament und in der Regierung den überwiegenden Einfluss einer einigen Arbeitermehrheit zu sichern, durch die die Demokratie schrittweise die Souveränität der Arbeit verwirklichen wird, unter Respektierung der menschlichen Freiheit und Würde".

Der Entwurf, den dieser Kreis zirkulieren lässt, legt eine Fülle bis in einzelste ausgearbeitete Vorschläge für das befreite Belgien vor. Doch er beschränkt sich nicht darauf. Er ist unter den uns in letzter Zeit bekannt gewordenen Diskussionsgrundlagen illegaler sozialistischer Gruppen verschiedener Länder die erste, die sich eingehender mit internationalen Fragen befasst.

Internationale Zusammenarbeit - Der Abschnitt "Internationale Zusammenarbeit" beginnt mit der Feststellung: "Dauernder Frieden und dauernder Wohlstand können für die grossen und die kleinen Staaten nur durch eine solidarische Organisation und durch Zusammenarbeit auf allen Gebieten gesichert werden.

Die Voraussetzungen dieser solidarischen Organisation und dieser Zusammenarbeit sind: jedem Volk müssen die für seine lebenswichtige Betätigung

nötigen Rohstoffe zur Verfügung stehen; keine Kultur darf irgendwie politisch oder moralisch einer andern untergeordnet werden; kein Staat, der ehrlich zur Zusammenarbeit bereit ist, darf aus der Gemeinschaft (der Völker) ausgeschlossen werden.

Unabhängig von der Weltgemeinschaft der Völker oder in deren Rahmen werden nach geographischen, wirtschaftlichen oder politischen Gesichtspunkten oder zur gemeinsamen Verteidigung regionale Zusammenschlüsse gebildet.

Internationale Regelungen, die von einer Regionalen Gruppe oder von der Weltgemeinschaft der Völker verkündet werden, werden auf demokratische Weise von Vertretungen beschlossen, in denen die Völker im Verhältnis ihrer Bedeutung im Regionalen Zusammenschluss oder in der Weltgemeinschaft vertreten sind...

Die Regionalen Gruppierungen und die Weltgemeinschaft haben Exekutivorgane, die die Durchführung der Beschlüsse der zuständigen Vertretungen erzwingen können. Alle Differenzen zwischen Staaten oder Regionalen Zusammenschlüssen, die durch die Durchführung einer übernationalen Anordnung entstehen, werden vor einen internationalen Gerichtshof gebracht.

Freies Belgien - Die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens ist für die Verfasser des Programmentwurfs selbstverständliche Voraussetzung. Sie wollen im freien Belgien die Wiederherstellung der Demokratie, der verfassungsmässigen Grundsätze der Volkssouveränität und der persönlichen Freiheit, sie wollen die Wirtschaft der kapitalistischen Vorherrschaft entziehen und dem Gemeininteresse unterstellen. "Würde, Wohlstand und Existenzsicherheit der Arbeiter aller Kategorien muss gesichert werden". Sie wollen mit allen Völkern zur Aufrechterhaltung des Friedens zusammenarbeiten. - Das neu zu wählende Parlament, in dem das "Bündnis der Arbeit" die Mehrheit zu erringen hofft, soll eine Reihe Bestimmungen der belgischen Verfassung überprüfen und unter Umständen abändern, unter anderem: die Frage der Aufrechterhaltung des Senats (Oberhauses), des Wahlsystems, des militärischen Oberbefehls des Königs, des Verbots der Verfassungsänderung während einer Regentschaft (bei Behinderung oder Minderjährigkeit des Königs), des Berufsrechts bei Kompetenzkonflikten, der Rechnungsprüfung des Staates. Die in der Verfassung festgelegten Grundrechte sollen nicht angetastet werden, höchstens durch Festlegung des Rechts auf Arbeit, auf menschenwürdige Existenzbedingungen und durch Ablehnung der Ideologien des Rassismus und Totalitarismus ergänzt werden. Es wird dann allgemein ein Programm der Planwirtschaft erörtert.

(Für die Red.: L. de Brouckeres Bericht erschien im "International Forum" der Londoner "Left News" im August 1942.)

"Die Vierte Republik"

(ITF) Aus der seit Anfang des Jahres in illegalen Gruppen Frankreichs zirkulierenden Diskussionsgrundlage "Considérations pour la Constitution de la IV. Republique Française" (Gedanken über die Verfassung der IV. französischen Republik):

"In jedem faschistischen Regime wurde die Macht von einer gewalttätigen und skrupellosen politischen Bande erobert, die wir nicht mit der Kapitalistenklasse selbst verwechseln. Aber wir stellen fest, dass diese Bande trotz einiger, mehr scheinbarer als wirklicher Beschränkungen, der Bourgeoisie ihre Profitfreiheit und ihre wichtigsten Vorrechte liess. Zum Dank dafür hat sich die Bourgeoisie beinahe vollständig in den Dienst der politischen und imperialistischen Ziele des neuen Staates gestellt".

"Die soziale Frage kann nur durch internationale Zusammenarbeit bei der Auswertung der Reichtümer der Erde, durch eine planmässige rationelle Produktion in Industrie und Landwirtschaft und durch gerechte Verteilung der Erzeugnisse unter den Verbrauchern gelöst werden. Eine derartige Organisation erfordert eine radikale Umbildung von Gesellschaft und Wirtschaft und als Grundlage die Sozialisierung der Produktions- und Tauschmittel".

"In Frankreich werden die Bedingungen zu einer derartigen Umformung mit der Niederlage Hitlers gegeben sein... Die Rückkehr zum politischen Vorkriegsregime, d.h. zur parlamentarischen Republik, die mehr oder minder zum Kapitalismus gehörte, ist nicht zu erwarten; dieses Regime hat die Werte, die es vertreten sollte, nicht zu verteidigen gewusst. Sicher wird die nationale Befreiungsbewegung, die den Sturz Hitlers bedeuten wird, gleichzeitig eine Bewegung sozialer Befreiung sein".

"Die sozialen Umwälzungen, die Frankreich durchmachen muss, müssen das Vorspiel einer Wiedergeburt der Nation in einer im weitesten Sinne verstandenen Demokratie sein, die Erbe der jahrhundertelangen Kämpfe des Volkes ist und diesen Kämpfen, durch die Ergänzung des politischen Emanzipationsversuchs der 'Menschenrechte' durch die wirtschaftliche Befreiung des Sozialismus, volle und lebendige Bedeutung gibt".

"Deshalb müssen alle gesunden gesellschaftlichen und geistigen Kräfte, die in beiden Zonen während der Jahre der Unterdrückung durch Hitler und

die Hitler-Franzosen offen und mutig reagiert haben, sich den gerechten Forderungen des Volkes anschliessen und sich mit dem aus dem Siege des Volkes geborenen Staate verbünden. Diese Kräfte haben das Rechterworben, die Autorität zu vertreten und das neue Frankreich aufzubauen". Die Kräfte, die das französische Volk repräsentieren, sind "vor allem: die freie Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter aller Berufe, die arbeitende Bauernschaft und das Christentum, das sich zur sozialen Gerechtigkeit bekennt und entschlossen ist, sich für ein politisches Regime des humanistischen Geistes einzusetzen und die Gewissensfreiheit zu achten."

In sechs Punkten werden die Hauptforderungen zusammengefasst: "I. Die Französische Republik ist eine Gemeinschaft der Arbeiter, einig, ohne Unterschied der Herkunft, der Rasse oder des Glaubens". "II. Die Regierung der Französischen Republik ist demokratisch"; ausgeschlossen werden aber von den demokratischen Rechten alle Personengruppen, "deren Tätigkeit nur Tausch von Geld gegen Geld ist", die Zwischenhändler, Finanziers, Bankiers, Aufsichtsräte, Spekulanten, Grossgrundbesitzer und Grossindustrielle.

Getragen werden soll die neue Republik von "Angestellten und Arbeitern im Dienst Privater, von Beamten, Angestellten und Arbeitern aller Art im Staatsdienste, von den landwirtschaftlichen und industriellen Produzenten, den Bauern, Handwerkern und den Leitern der Industriebetriebe, deren jährliches Einkommen aus dem Betrieb eine, noch zu bestimmende, Grenze nicht überschreitet, von den Angehörigen freier Berufe, wie Schriftsteller, Gelehrte und Künstler, Geistliche, Offiziere und Unteroffiziere".

"III. Die Französische Republik wird sozialistisch sein. Verstaatlicht werden die Trusts, Banken, Versicherungsgesellschaften, Transport, öffentliche Dienste, Bergbau, alle natürlichen Industriequellen, Grundeigentum über einer noch zu bestimmenden Hektargrenze, Betriebe, die mehr als eine noch zu bestimmende Zahl Arbeiter beschäftigen oder eine noch zu bestimmende Produktionsgrenze überschreiten, die grossen Warenhäuser etc."

"IV. Frankreich wird nach Provinzen und föderativ verwaltet".

"V. Der religiöse Glaube und Kult der Franzosen ist frei". "Selbstverständlich werden wieder der weltliche Charakter und die Neutralität des Unterrichts proklamiert, eine Reform des Unterrichts wird in Aussicht genommen. Der Religionsunterricht bleibt frei".

"VI. Die politischen, philosophischen und religiösen Meinungen der Franzosen sind frei und sie können ihnen frei Ausdruck verleihen, sie schriftlich und mündlich verbreiten, unter der Voraussetzung, dass sie die öffentliche Ordnung und die Sicherheit des Staates nicht gefährden".

Die Betrachtungen schliessen mit einer Skizzierung der Rolle der Revolutionstribunale, die die an dem heutigen Elend Frankreichs Schuldigen zur Rechtmäßigkeit ziehen werden.

Ludwig Buland

der Vorsitzende der norwegischen Eisenbahnergewerkschaft, hat im September das erste Jahr der lebenslänglichen Zuchthausstrafe abgesehen, zu der Hitlers Statthalter im September 1941 den zum Tode verurteilten "begnadigte".

So urteilen Mitkämpfer über Ludwig Buland: "Buland war der geschäftsführende Präsident des Norwegischen Gewerkschaftsbundes und Präsident der Eisenbahnergewerkschaft. Er war einer der Arbeiterführer, die nach der Invasion rasch versuchten, die Weiterarbeit des Gewerkschaftsbundes zu sichern und zu verhindern, dass er sofort unter deutsche Kontrolle kam. Er war der Meinung, dass, da das Land in fremder Macht ist, die Rechte der Arbeiter nur durch den Gewerkschaftsbund geschützt werden könnten. Manche missverstanden das als Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Deutschen. Die Ereignisse zeigten bald, dass er der starke Mann im neuen Vorstand des Gewerkschaftsbundes war, der nie deutschen Forderungen ein Zoll mehr als nötig nachgab und der immer energisch und unermüdet für die Rechte der norwegischen Arbeiter kämpfte. Sein Lohn war, dass er einer der ersten leitenden Gewerkschaftssekretäre war, die von den Nazis eingesperrt wurden".

Ende Juli 1941 wurde er aus der Haft entlassen. In der Osloer Terrorwoche, im September 1941, wurde er mit Hansteen, Vickström und Larson zum Tode verurteilt, aber mit Larson, dem Vorsitzenden der Metallarbeitergewerkschaft, zu lebenslänglichem Zuchthaus "begnadigt". - (ITF)

(Für die Red.: Zitat aus "Nazis versus Labor", einer von der Norwegischen Gesandtschaft in Washington veröffentlichte Uebersicht.)

Deutsche Soldaten in Norwegen

(ITF) In Oslo wurden kürzlich 7 deutsche Soldaten, unter ihnen ein Oberleutnant, standrechtlich erschossen; sie sollen in einer Schleichhandelsaffaire verwickelt gewesen sein. Es wird berichtet, dass 2 Soldaten des Hinrichtungspeletons sich weigerten, auf ihre Kameraden zu schiessen und darauf wegen Gehorsamsverweigerung selbst erschossen wurden.

Russische Kriegsgefangene, die nach Schweden entkamen, berichten, dass ihnen deutsche Soldaten bei der Flucht halfen.

Es liegen jedoch auch Meldungen von zunehmender Verrohung deutscher Soldaten vor. In Trondheim machte z.B. ein Strassenbahnschaffner 2 deutsche Offiziere auf ein Versehen aufmerksam. Die Offiziere stiegen aus, gleich darauf kamen 6 Matrosen, schleppten den Schaffner in die Marinewerft und misshandelten ihn. Herbeigerufene norwegische Polizei brachte den Misshandelten ins Krankenhaus. Deutsche Matrosen und Soldaten gingen dann gemeinsam gegen die erregte Menge vor, die sich vor der Werft angesammelt hatte. (Für die Red.: Juni 1942.)

Lebensmittelkrawalle in Deutschland

(ITF) In den Tagen nach den schweren Bombardements scheint die Lebensmittelversorgung in Hamburg und Köln und dem Ruhrgebiet zusammengebrochen zu sein. Aus Hamburg werden uns ernste Lebensmittelkrawalle (Ende Juni) berichtet. Die Polizei habe nicht auf die demonstrierenden Frauen schiessen wollen. Daraufhin sei Militär gegen die Frauen eingesetzt worden. In Köln seien bei einem grossen Hungerkrawall Maschinengewehre aufgeföhren worden. Berichtet wird von 100 Toten. Auch aus Essen werden Lebensmittelkrawalle berichtet.

(Für die Red.: Unsere Meldung aus Essen erklärt, weshalb das örtliche Nazi-Blatt, die "Nationalzeitung", die städtische Lebensmittelversorgung in Juni und Juli so erstaunlich scharf kritisierte.)

Furcht vor Hunger

(ITF) In Deutschland sind die Lebensmittelrationen höher als in allen von deutschen Truppen besetzten Gebieten; trotzdem beherrscht den kleinen Mann in Deutschland, der sich der Hungerzeit 1916-1923 erinnert, die Furcht vor dem Hunger. Der Kartoffelmangel und die Gemüseknappheit der Frühsommerwochen haben diese Furcht so verstärkt, dass die "Münchner Neuesten Nachrichten" mit Berechtigung "von dem (auf dem Volke lastenden) Alpdruck eines vielleicht notwendig werdenden Zusammenschnürens des Leibriemens" schreiben.

Beruhigend versichert das Blatt, dass in Deutschland "eine Verschlechterung der Rationen auf keinen Fall eintreten wird", während die "Deutsche Allgemeine Zeitung" für den kommenden Winter eine durchschnittliche Kartoffelration von 4 1/2 kg pro Kopf und Woche verspricht. In den besetzten Gebieten wird nur eine Kartoffelration von 2 1/2 kg als Höchst ration in Aussicht gestellt.

In Ostdeutschland und in Schleswig Holstein berichten Bäcker, dass viele Kunden jetzt ihre Wochenration schon am Anfang der Woche kaufen und dann versuchen, einen Vorschuss auf die kommende Wochenration zu erhalten. In Danzig werden jetzt Mitglieder der Nazi-Frauenschaft als Hilfspolizei eingesetzt. Sie kontrollieren die Schlangen vor Marktständen und Läden und überwachen die Einkäufer. Auf dem Danziger Fischmarkt kam es (Ende Juli) zu scharfen Reibereien zwischen einkaufenden Frauen und den Nazi-Xantippen.

(Für die Red.: "Münchner Neueste Nachrichten", 15.VIII.; "Deutsche Allgemeine Zeitung", 13.VIII.42.)

Nicht am Fenster essen!

(ITF) In Deutschland steht auf Lebensmittel-schleichhandel Todesstrafe, aber besonders seit der Kürzung der Lebensmittelrationen im April 1942 wird allgemein gehamstert. Viele kleine Hamsterer werden ertappt und zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt; einige grössere Schleichhändler, die nicht über Parteibeziehungen verfügen, wurden geköpft, die meisten aber, und erst recht die ganz grossen, laufen frei herum und schieben. Wenn sie Parteigrössen beliefern, fühlen sie sich ganz sicher.

In Bayern ist Hamstern so üblich geworden, dass die Behörden nicht mehr generell gegen Hamsterer einzuschreiten wagen, ja sie nur noch bitten, doch die "Volksgenossen", die die Schleichhandelspreise nicht bezahlen können, nicht unnötig zu reizen. Das Landesernährungsamt Bayern berichtete zum Beispiel (am 8.VIII. in den Münchner Zeitungen): es sei beobachtet worden, dass sich Hotelgäste zum Frühstück "Eier, Fleisch oder Wurstwaren" auf-tischen lassen, die sie oft mitbrachten. "Die Einnahme eines so reichlich bemessenen Frühstücks ist unter den gegebenen Verhältnissen geeignet, Anstoss zu erregen, zumal da in den meisten Fällen anzunehmen ist, dass die genannten Lebensmittel gehamstert oder unter Umgehung der gesetzlichen Vorschriften unrechtmässig erworben worden sind". Das Landesernährungsamt verbietet deshalb derartige Ausschweifungen "in Gastzimmern" - auf ihrem Zimmer dürfen sich die zahlungsfähigen "Volksgenossen" ein "reichlich bemessenes Frühstück" aus Hamsterwaren servieren lassen; so wie es seit langem Nazi-bonzen machen, die, wie immer beim Schleichhandel, mit gutem Beispiel voran-gehen.

In Holland wurde den Restaurants und Hotels verboten, "auf Terrassen und vor Fenstern Mahlzeiten zu servieren, wenn der Essplatz von der Strasse aus sichtbar ist."

Schauessen

(ITF) Ein neutraler Reisender berichtet, dass er am Tage vor seiner Abreise aus Berlin von einem Geschäftsfreund zum Mittagessen eingeladen wurde. Er war erstaunt, dass das Essen soviel besser war, wie in dem früher erstklassigen Hotel, in dem er wie üblich abgestiegen war. Der Geschäftsfreund antwortete ihm, dass in Deutschland eben die Familien das beste Essen erhielten.

Die Abreise des Ausländers verzögerte sich. Er suchte den Freund noch einmal unangemeldet auf und fand ihn beim Mittagessen, das aus Kartoffelsuppe und Brot bestand. Jetzt erfuhr der überraschte Ausländer, dass Deutschen beim Besuch von Geschäftsfreunden aus dem neutralen Ausland Zusatzrationen für Propagandaessen zugewiesen werden.

Hunger unterm Hakenkreuz

(ITF) Breite Kreise in Deutschland fürchten, dass der 4. Kriegswinter für sie ein Hungerwinter werden wird. In den von deutschen Truppen besetzten Gebieten hungern viele, leben die Arbeiter seit langem unter den Bedingungen, sie sich in Deutschland jetzt langsam einbürgern. Ein Brief, den das "Grafisch Weekblad", das gleichgeschaltete Blatt der holländischen Drucker, kürzlich veröffentlichte, schildert die Lage der Arbeiterschaft in dem Lande, das - neben Dänemark - von Berlin am schonendsten behandelt wird: "Wissen die Herren, die dekretieren, dass man mit seinen Lebensmittelrationen auskommen muss, was wirklich passiert? Es wird gehungert, weil man nicht genügend Geld hat, um zu den Rationen ausreichend zuzukaufen". - "Die zugeteilten Apfelsinenkarten werden, der hohen Apfelsinenpreise wegen, gegen andere Lebensmittelkarten eingetauscht oder verkauft, sodass die Kinder keine einzige Apfelsine erhalten. Geht es auch dem Reichen so?"

"Wenn man dem Schulleiter sagt, dass man für seine Kinder weder Stiefeln noch Holzpantoffeln hat, dann kann er nur antworten: 'Lassen Sie die Kinder dann nur zu Hause'. Geht es den Kindern der Bessergestellten auch so?"

Das Fetzen Fett oder Butter, das uns als Ration zugewiesen wird, wird noch gegen Kartoffeln eingetauscht, weil die Butter einfach zu teuer und die Kartoffelration zu klein ist. Profitieren nicht gerade die 'besseren Stände' von diesen Zuständen?"

"Der Arbeiter kommt immer mehr herunter. Kleidung für sich und seine Familie wird fast nicht mehr gekauft, die Möbel gehen kaputt, er hat bald kein Geschirr mehr. Seht Euch aber die Kleidung unserer reicheren Landsleute an und guckt einmal in ihre Wohnung... Sind Kleider, Möbel und Silberbestecke keine gute Kapitalanlage?"

"Der Arbeiter putzt und reibt an Fahrrädern, Schuhen und Kleidern und Hausrat auf eine Weise, von der sich die Bessergestellten kein Bild machen können. Aber schliesslich geht doch alles kaputt. Er magert ab und sieht seine Kameraden ebenfalls abmagern, seine Kinder sind unterernährt, Tuberkulose nimmt zu... Es ist Kriegszeit, wird gesagt, und im Krieg gibt es Tote., gut, gut, aber warum trifft das fast ausschliesslich die schlechtbezahlten Volksgenossen?"

Von Morgens, vom Aufstehen an bis zum Schlafengehen, denken wir ständig, wie komme ich ans Essen und Kleidung? Aber am meisten ans Essen. Wir stehen stundenlang Schlange für Gott weiss was und im Sommer. Herbst ziehen wir aufs Land, um irgend etwas zu ergattern. Wir haben auf den Feldern Kartoffeln, Aehren und Erbsen nachgelesen, die ganze Familie musste helfen, um etwas zum Essen zu erwischen. Doch unsere wohlgestellten Mitbürger wissen nichts davon".

Gewerkschafter gegen Quislings

Wie holländische Arbeiter die Nazi-Arbeitsfront sabotieren

(ITF) Die "Niederländische Arbeitsfront" wird von den holländischen Gewerkschaftern unbeugsam weitersabotiert. Ihr Nazi-Präsident Woudenberg klagt nach drei Monaten vergeblicher Propaganda (in einem Artikel der Arbeitsfrontszeitung, "Arbeid"): "Viele der früheren Gewerkschaftsführer hängen noch an den alten und jetzt überflüssigen Formen und lehnen Zusammenarbeit (mit der Arbeitsfront) ab. Als tote Zweige wurden sie entfernt, aber sie sind noch nicht ganz verschwunden".

"Verschiedene Gewerkschafts-Kassierer haben z.B. Mitglieder zum Austritt aufgefordert; Abteilungsleiter liessen absichtlich Mitgliedsbeiträge auflaufen, um einen Grund dafür zu haben, Mitglieder von der Liste zu streichen... Leitende Gewerkschafter versuchten, der Niederländischen Arbeitsfront durch

passiven Widerstand zu schaden und vor allem durch den Versuch, die Mitgliederzahl ihrer Organisationen so rasch wie möglich zu verringern", zu schädigen.

(Für die Red.: "Arbeit", Amsterdam, 24.VII.42.)

Arbeitsfront-Präsident
wird ausgelacht

(ITF) Der von Hitlers Statthalter eingesetzte Präsident der "Niederländischen Arbeitsfront" sprach (am 22.VII.) vor 1200 städtischen Arbeitern in Amsterdam. - Die Arbeitsfrontzeitung, "Het Volk", berichtet über diese Versammlung: zuerst sprach der Direktor der Städtischen Werke, de Graaf. Er teilte mit: "der Bürgermeister hat in einem Rundschreiben die Leiter der Verwaltungen und Betriebe er sucht, am Zustandekommen dieser Versammlung mitzuarbeiten". "Mit dieser Einleitung distanzierte sich dieser Direktor wirklich sehr geschickt vom Zweck dieses Mittags", bemerkte ärgerlich das Arbeitsfrontblatt. Dann sprach der Arbeitsfront-Präsident: "Er fand einaufmerksam, scharf zuhörendes Auditorium, das (aber) nicht bereit schien, irgendeine Rede ohne weiteres zu schlucken. Vor allem unter den Handarbeitern der öffentlichen Betriebe gaben einige wiederholt zu erkennen, dass sie mit der Rede des Kommissars nicht einverstanden waren". Es hagelte Zwischenrufe. "Und es gab Zuhörer, die überlaut zu erkennen gaben, dass es ihnen nichts ausmacht, welche Rolle Holland im Neuen Europa (Hitlers) spielen soll". Der Arbeitsfront-Präsident konnte sich nur schwer durchsetzen, "wenn die ablehnende Haltung (der Versammlung) die Form von Gelächter annahm".

(Für die Red.: "Het Volk", 22.VII.42.)

Belgische Gewerkschafter
gegen die Gleichschalter

(ITF) Der Sekretär der Antwerpener Ortsgruppe des belgischen Transportarbeiterverbandes hat seine Organisation dem Gewerkschaftsbund der Gleichschalter, UTMI (Union der Hand- und Kopfarbeiter) angeschlossen, ohne die Mitglieder zu befragen. Ein grosser Teil der Mitglieder zahlt jetzt keine Beiträge mehr.

Antwerpener Schiffsoffiziere wurden (Anfang 1942) zu einer Versammlung zusammengerufen, um über den Beitritt ihrer Organisation zur UTMI zu beraten. Etwa 150 Schiffsoffiziere kamen zur Versammlung, fast alle wandten sich gegen die UTMI. Der Sekretär hat dennoch die Organisation der UTMI angeschlossen.

"Nicht eine weint"

(ITF) Der kroatische Faschist, Ivo Balentović, schildert im Budapester "Magyar Nemzet" (am 18. VIII.) Beobachtungen bei der Besichtigung eines Konzentrationslagers, in dem jugoslawische Frauen gefangen gehalten werden. "Man zeigte mit eine junge Frau, die Leiterin einer Gruppe der Četnici und Partisanen in Bosnien gewesen war. Wir wollen sie Maria nennen. Sie ist Kroatin und Katholikin und sie sieht mich mit unbeschreiblichem Hass an, denn sie weiss wer ich bin... Sie hat serbische und kroatische Frauen in Četnici-Banden organisiert und mit ihnen gegen kroatische, deutsche und italienische Soldaten gekämpft. Ueber ein Jahr hielten sie sich in den Wäldern. Ich fragte sie... 'Würdest Du, wenn Du freikommt, den Unabhängigen Kroatischen Staat anerkennen?' - 'Ich?'... Ihre Gesten liessen erraten, was sie dachte... 'Ich bin mit 2000 Frauen im Lager', sagte sie, 'und nicht eine von uns weint'."

Keiner bereut!

(ITF) Vor dem deutschen Militärgericht in Oslo stand (am 27.VIII.) eine Gruppe Norweger: der 24jährige Hilfsarbeiter Bjarne Hansen, der gleichaltrige Strassenfeger Reimar Kristoffersson, der 35jährige Hafenarbeiter Karl Jacobsen und zwei Reserveoffiziere, der 34jährige Torleif Andresen und der 50jährige Karl Schei. Die Anklage warf ihnen u.a. die Sprengstoffattentate auf die Osloer Bahnhöfe (im Februar 1942) vor. Der Vorsitzende des Militärgerichts fragte die Angeklagten, ob sie ihre Tat bereuten. Sie antworteten mit einem entschiedenen NEIN.

Alle wurden zum Tode verurteilt.

Zwei der Angeklagten hatten schon in Spanien gegen die Faschisten gekämpft.

Illegale Organisationen

(ITF) In Nantes verhaftete die französische Polizei 144 Mitglieder einer illegalen Organisation, unter ihnen 42 Spanier, "die zu einer illegalen Organisation gehörten, die in Frankreich neue 'Internationale Brigaden der spanischen Volksfront' gebildet hatten", berichtet Radio Vichy. "Alle diese Spanier sind übrigens in Spanien zum Tode verurteilt". Bei der Verhaftung wurde ein Spanier erschossen".

Als Leiter einer illegalen Organisation wurden (am 26.VIII.) eine Tschechin und 7 Tschechen in Prag hingerichtet, zugleich mit 3 anderen tschechischen "Hochverrätern".

Drei Bulgaren wurden als angebliche Leiter einer kommunistischen Aufstandsbewegung im Strumagebiet zum Tode verurteilt und gehängt. Zur Abschreckung hingen die Leichen 24 Stunden am Galgen.

Geheimsender in Budapest

(ITF) Drei Ungarn wurden vom Budapester Militärgericht zu 3 bis 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Sie hatten einen Geheimsender geleitet (berichtete Radio Budapest am 2.IX.42.).

Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung in Norwegen

(ITF) Norwegen war für seine Lebensmittelversorgung nach einer Schätzung des Berliner "Instituts für Konjunkturforschung" vor dem Kriege zu 57% auf Einfuhr angewiesen. Selbst nach Intensivierung der Landwirtschaft betrug (nach einer Erklärung des deutschen Reichskommissar vom 29.III.42.) der Einfuhrbedarf noch 51%. Transportschwierigkeiten veranlassen die deutschen Behörden trotzdem ständig zur Beschlagnahme der für die Versorgung der Zivilbevölkerung nötigen Vorräte. Die Hälfte der Kartoffelernte wurde z.B. 1941 von den Militärbehörden requiriert. Aus Deutschland kommt nur ungenügender Ersatz und die Flüchtlinge aus den bombardierten deutschen Städten leben teilweise von norwegischen Vorräten. Seit langem sind die Fett-, Fleisch- und Kartoffelrationen nur sehr unregelmässig erhältlich, Fisch und Gemüse sind ausserst knapp.

Unter diesen Versorgungsschwierigkeiten leidet die Arbeitsfähigkeit. Die deutschen Behörden lassen deshalb an Arbeiter über die Betriebe Zusatzlebensmittelkarten ausgeben, auf die regelmässig Waren erhältlich sein sollen. Die Ausgabe der Lebensmittelkarten über die Arbeitsstelle ermöglicht ihnen zugleich eine schärfere Kontrolle der Arbeiter.

Ein ähnliches System wurde vor einiger Zeit, nach dem Zusammenbruch der regulären Lebensmittelversorgung, in Rumänien eingeführt; es ist in bestimmten Betrieben des polnischen "Generalgouvernements" und - mindestens für die Kartoffelversorgung - im westdeutschen Industriegebiet üblich.

(Für die Red.: Radio Jeloej, 31.VIII.42.)

Länger für Hitler arbeiten

(ITF) Um Arbeiter für Deportation nach Deutschland frei zu bekommen, wurde die Arbeitszeit in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten verlängert. Im tschechischen "Protektorat" wurde (am 31.VIII.) die reichsdeutsche Arbeitszeitregelung offiziell/- und damit die ständige Ueberschicht teilweise legalisiert. eingeführt

Am 22.VIII. wurde (wie Havas berichtet) durch Anordnung des Generalbevollmächtigten für den den Arbeitseinsatz, Sauckel, die Mindestarbeitszeit in allen besetzten Gebieten auf 54 Wochenstunden festgelegt - für Zivilarbeiter und Kriegsgefangene.

In Serbien wurde (ab 1.IX.) die 60Stundenwoche als normale Mindestarbeitszeit eingeführt. Nur im Bergbau ist unter Tage noch die 48Stundenwoche gestattet.

Ausländische Arbeiter in Deutschland untertariflich bezahlt

(ITF) Das wallonische Faschistenblatt "Le Pays Réel" berichtet (am 19.VIII) über eine Rede eines Faschisten vor nach Köln transportierten belgischen Arbeitern. Dort konnte der Redner nicht, wie es in Belgien die Werber tun, erklären, dass ausländische Arbeiter in Deutschland genau so bezahlt werden wie deutsche Arbeiter, dort gab der Redner offen zu: "Einige deutsche Unternehmer geben den ausländischen Arbeitern nicht die gleichen Rechte wie den Deutschen".

Zwangsarbeiter - Kanonenfutter für Hitler

(ITF) "Vooruit", Gent, berichtet (am 18.VIII.) dass 30 flämische Arbeiter in ein Lager der Waffen-SS überführt wurden. Wer von ihnen den russischen Kriegswinter übersteht, soll flämische Arbeiter niederhalten.

Die Schwarzen Spitzel

(ITF) Der von dem Henker Heydrich aufgebaute "Sicherheitsdienst" der SS hat neue Möglichkeiten zur Erweiterung seiner Spitzeltätigkeit erhalten. Die "Frankfurter Zeitung" berichtet (am 20.VIII.): "Nach einem Erlass des Reichsjustizministers hat der Sicherheitsdienst der SS die Aufgabe übernommen, die Führungsstellen des Reiches über die stimmungsmässigen Wirkungen behördlicher Massnahmen in der Bevölkerung zu unterrichten". Alle Behörden wurden verpflichtet, der SS jede gewünschte Auskunft zu erteilen.